

**Vorlage
zur Beschlussfassung
für die Bezirksamtssitzung am 16.09.2025**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr.: 733/VI vom 11.12.2024
„Schulsozialarbeit an der Biesalski-Schule dem Bedarf anpassen“ - Drucksachen-Nr.: 1148/VI
- 2. Berichterstatter/in:** Bezirksstadträtin Carolina Böhm
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der BVV die beigefügte Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 b) und e) BezVG
- 6. Finanzielle Auswirkungen:**
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:**
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:**

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin

**Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 733/VI vom 11.12.2024
„Schulsozialarbeit an der Biesalski-Schule dem Bedarf anpassen“
Drucksachen-Nr. 1148/VI
- 2. Berichterstatterin:** Bezirksstadträtin Carolina Böhm

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 11.12.2024 den folgenden Beschluss gefasst:

„Das Bezirksamt wird gebeten, sich bei der Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass an der Biesalski-Schule die Schulsozialarbeit der Schülerinnenzahl angepasst wird. Dabei soll die Finanzierung aus dem Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ übernommen werden.“

Hierzu wird berichtet:

Das Bezirksamt hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich, auf allen Ebenen, sowohl durch die Dezernentin als auch die Amtsleitung, für die Aufnahme aller Schulen in das Landesprogramm eingesetzt. Grundsätzlich plant die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einen weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen und künftig jede Berliner Schule mit einer sozialpädagogischen Fachkraft auszustatten. Dass dies kurz- bis mittelfristig nicht umgesetzt werden kann, ist der prekären Haushaltslage geschuldet. Aus diesem Grund kann dem Wunsch, bestehende Schulstationen künftig über das Landesprogramm zu finanzieren und auch noch personell aufzustocken, derzeit nicht im Ansatz entsprochen werden.

Es wird gebeten, den Beschluss als erledigt zu betrachten.

Maren Schellenberg
Bezirksbürgermeisterin

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin